



**Dr. Martina Bunge**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 70067

FAX (030) 227 – 76076

✉ Martina.bunge@bundestag.de

# Pressemitteilung

---

20.03.2007

## **Appell an Ministerpräsidenten der Länder: Europäischen Trend nicht verschlafen!**

Die Ministerpräsidenten haben am 22.03. in Sachen Schutz der Bevölkerung vor dem Schadstoff Rauch eine hohe Verantwortung. Wenn schon die Bundesregierung wegen rechtlicher Vorbehalte nicht in der Lage ist, bundeseinheitlich ein konsequentes Rauchverbot für alle öffentlichen Einrichtungen auf den Weg zu bringen, dann liegt jetzt der Ball bei den Länderchefs, für eine länderübergreifend einheitliche Regelung zu sorgen. Deutschland sollte in dieser lebenswichtigen Angelegenheit endlich der – im EU-Grünbuch fixierten – eindeutigen Tendenz in Europa folgen und konsequent rauchfreie öffentliche Bereiche schaffen.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, so liefert die heute vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg veröffentlichte irische Studie zum Hauptstreitpunkt Gaststätten die aktuellen Argumente:

Seit der Einführung der vollständig rauchfreien Gastronomie in Irland im März 2004 hat sich durch die geringere Schadstoffbelastung der Gesundheitszustand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachweislich verbessert.

Das Vorkommen von lungengängigen Partikeln und Substanzen, die Krebs erzeugen und das Erbgut schädigen, wie z.B. Benzol, ist drastisch gesunken. Die Angestellten haben drei Jahre nach Einführung des Rauchverbots – unabhängig davon, ob sie selbst rauchen – merklich weniger Gesundheitsbeeinträchtigungen in Form von Atemwegsproblemen, Reizungen der Schleimhaut, Rötungen der Augen oder Husten am Morgen.

Die Erfahrungen der „rauchfreien“ Länder zeigen zudem, dass es in der Gastronomie zu keinen Umsatzeinbußen kam.

Mit dem Beschluss über konsequent rauchfreie öffentliche Räume, könnten die Ministerpräsidenten zudem endlich mal eine Entscheidung treffen, die dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht, was man von der Bundesregierung leider nicht behaupten kann, die mit ihrer satten Koalitionsmehrheit permanent gegen die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler entscheidet. Der Zuspruch für rauchfreie Gaststätten in Deutschland wuchs von Februar 2005 bis Februar 2007 von 53% auf 67%.

Wenn das keine Chance ist, etwas zum Wohle der eigenen Bevölkerung zu tun...